

Beschluss der Bezirksmitgliederversammlung der DKP Saarland 02.02.2025, Sulzbach

Der Rechtsentwicklung widerstehen - für demokratischen und sozialökologischen Fortschritt kämpfen

Seit einigen Jahren erleben wir in vielen Ländern Europas und in den USA ein Anwachsen eines rechten bis faschistoiden Bewusstseins und Wählerverhaltens. Gesellschaftspolitisch äußert sich dies in Ausländerfeindlichkeit und extremem Nationalismus, in antidemokratischen Auffassungen und Sozialdarwinismus (Recht des Stärkeren), in Frauenfeindlichkeit, LGBTQ*-Feindlichkeit und Kindesmissachtung.

Die rechten, rassistischen und faschistischen Parteien profitieren von der multiplen Krise des Kapitalismus und lenken den berechtigten Unmut über die Krisenlösungen der Herrschenden in für das Kapital unschädliche Bahnen. Vor allem verstärken sie die Spaltungstendenzen in der Arbeiter*innenklasse. Nicht das Monopolkapital wird als Hauptverursacher der Krisen ins Visier genommen. Stattdessen werden Migrant*innen, Asylsuchende und Klimaaktivist*innen zu Feindbildern gemacht. Gleichzeitig sollen bereits erkämpfte Rechte von Frauen und queeren Menschen in einem Roll-back beschnitten werden.

In Deutschland hat die AfD eine Schlüsselrolle für die faschistoide Umgestaltung der Gesellschaft eingenommen. Sie hat sich zu einer von Faschisten dominierten Partei entwickelt, die die bürgerliche Demokratie durch eine neoliberale Diktatur gegen die Arbeiterbewegung und gesellschaftliche Minderheiten ersetzen will. Und sie ist trotz ihrer Radikalisierung erschreckend erfolgreich bei Wahlen und Meinungsumfragen, in Thüringen ist sie zur stärksten Partei geworden.

Die Angst großer Teile der Arbeiter*innenklasse und der Mittelschichten vor sozialer Deklassierung ist der entscheidende Nährboden für die Rechten, Rassisten und Faschisten. Wir erleben einen enormen Niedriglohnbereich, Wohnungsnot, Altersarmut und eine ausgedünnte Gesundheitsversorgung. Die Sorgen der Menschen nehmen zu und sind nur allzu berechtigt. Deshalb brauchen wir dringend mehr Kämpfe für eine Umverteilung von oben nach unten, für mehr Lohn und bessere soziale Absicherung. Hierbei kommt den Gewerkschaften eine Schlüsselrolle zu. Sie sind unverzichtbar für den Widerstand gegen die soziale Verunsicherung und Rechtsentwicklung. Deswegen setzen wir uns ein für eine Stärkung der Gewerkschaften und deren aktives Eintreten für die Interessen der lohnabhängig Beschäftigten.

Die im Bundestag vertretenen Parteien distanzieren sich von der AfD, doch deren politische Forderungen finden Eingang in das Regierungshandeln, egal unter welcher Führung. Die immer weitere Aushöhlung des Rechts auf Asyl oder Kürzungen bei Sozialleistungen sind jedoch in der SPD und den Grünen nicht unumstritten.

Die Massendemonstrationen in vielen Städten Deutschlands zu Beginn des Jahres 2024 machten deutlich, dass es in der Zivilgesellschaft bemerkenswerte aktive Teile gibt, die sich ausländerfeindlichen und rechten Positionen widersetzen. Im Saarland gab es mehrere Demos in Saarbrücken, eine in Neunkirchen, St. Ingbert, Homburg und Saarlouis.

Gewerkschaften, Linksparteien, soziale und demokratische Bewegungen mobilisieren in mehreren Ländern Europas gegen Rechtsentwicklung und Sozialabbau. In Portugal, Spanien, Frankreich, Belgien und weiteren Ländern demonstrieren Tausende. In Österreich haben 10-tausende gegen die Ernennung des rechtsradikalen FPÖ-Führers zum Bundeskanzler demonstriert.

Im Widerstand gegen Rechts braucht es unterschiedliche Bündniskonstellationen. Dies ist eine große Herausforderung für eine kommunistische Bündnispolitik, die in breiten Bündnissen gegebenenfalls bis hin zur Zusammenarbeit mit Teilen der CDU/CSU reichen muss. In allen Bündnissen treten Kommunist*innen Spaltungsversuchen oder antikommunistischer Ausgrenzung entgegen. In allen Bündnissen zur Verteidigung sozialer und Menschenrechte, in allen Bündnissen gegen die Rechtsentwicklung sollte der DGB, sollten die Einheitsgewerkschaften einbezogen sein.

Problematisch ist die Position der sich als links gebenden Partei BSW. „Die unkontrollierte Migration wollen wir stoppen, weil unsere Kommunen wieder Luft zum Atmen brauchen.“ (Sahra Wagenknecht, BSW-Parteitag Jan. 2025)_Widerstand gegen Rechts geht nicht mit Anbiederung an die ausländischerfeindlichen Positionen der AfD.

Der Rechtsentwicklung widerstehen:

Notwendig wäre eine breite Bewegung gegen Rechts und für Bewahrung und Ausbau demokratischer und sozialer Rechte.

In diesem Sinn unterstützen wir die Gewerkschaften und Sozialbewegungen im Kampf um ein menschenwürdiges Leben und für gesellschaftlichen Fortschritt.

Wir setzen uns ein für die Ächtung rassistischer und frauenfeindlicher Ideologien in der Gesellschaft und unterstützen entsprechende Aktionen und Bewegungen.

Wir unterstützen Initiativen zur konsequenten Vermittlung des Antifaschismus in den Schulen.

Gemeinsam mit anderen antifaschistischen Organisationen fordern wir ein Verbot der AfD und die Auflösung aller rechtsextremen Organisationen und Gruppen.

Bündnisse wie „Bündnis Solidarische Linke Saarland“ (BsL-Saar) in Saarbrücken und „Neunkirchen für Vielfalt und gegen Menschenfeindlichkeit“ zeigen wie es geht. Wir unterstützen die Kundgebung in Neunkirchen am 8. Februar „Lautstark gegen Rechts“, am 15. Februar die Aktion „Demokratie braucht Vielfalt“ in Saarbrücken und weitere Aktionen.

Wir unterstützen Aktivitäten zum 80. Jahrestag der Befreiung am 8. Mai

Wir unterstützen die VVN-Bund der Antifaschist*innen im Saarland und arbeiten solidarisch zusammen.

*LGBTQ ist eine aus dem englischen Sprachraum übernommene Abkürzung für Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender and Queer (lesbisch, schwul, bisexuell, transgeschlechtlich und verschiedene Geschlechtsidentitäten)